



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 17. Dezember 2013

P135383

Schriftliche Anfrage Heidi Mück betreffend Asbestschädigung von Basler Zivilschützern

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Im Nachgang und mit dem heutigen Wissen sind sowohl der Regierungsrat als auch die Verantwortlichen der Zivilschutzorganisation Basel-Stadt der Meinung, dass der Einsatz des Zivilschutzes so nicht hätte stattfinden sollen. Eine Demontage von Eternitplatten – die gemäss SUVA auch durch Privatpersonen vorgenommen werden kann – wird in Zukunft nicht mehr durch Angehörige des Basler Zivilschutzes durchgeführt. Die Fachleute der SUVA haben anhand der konkreten Situation in Göschenen allfällige Gesundheitsrisiken berechnet. Obwohl eine Gesundheitsgefährdung für die involvierten Angehörigen des Zivilschutzes Basel-Stadt im hohen Grade unwahrscheinlich ist, ermöglicht die Militärversicherung den betroffenen Dienstpflichtigen, sich auf freiwilliger Basis ohne weiteren administrativen oder medizinischen Aufwand wegen dieses Einsatzes bei ihr erfassen zu lassen.

